



Schmitt ruft Handwerker zur Unterstützung auf

„Der Herbst steht vor der Tür. Die Menschen im Katastrophengebiet brauchen jetzt dringend jede Hilfe. Dabei geht es um Materialien, Spezialmaschinen und fachkundige Handwerkerinnen und Handwerker, die mit anpacken können“, sagte Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt und rief Handwerker bundesweit zur Unterstützung auf. Betriebe könnten sich im Internet über hwk-koblenz.de/hochwasserhilfe an die Handwerkskammer Koblenz wenden. Des Weiteren hat die Handwerkskammer mit weiteren Handwerksorganisationen die Plattform baut-mit-auf.de eingerichtet, über die Hilfsangebote langfristig koordiniert werden sollen.

Schmitt begleite den Wiederaufbau der Katastrophengebiete weiterhin eng. Die Ministerin hatte in Mayschoß gemeinsam mit Kurt Krautscheid, Präsident der Handwerkskammer Koblenz, und Hauptgeschäftsführer Ralf Hellrich eine Metzgerei, eine Bäckerei und einen Heizungsbauer besucht, die alle schwer von der Flut getroffen sind. Die Unternehmer arbeiten derzeit an der Instandsetzung ihrer Werkstätten.

Das Engagement der vielen privaten Helferinnen und Helfer sei eindrucksvoll. „Handwerker, Landwirte, Winzer oder Bauunternehmen helfen sich untereinander. Für die Unterstützung der Betriebe möchte ich mich auch als Wirtschaftsministerin ganz ausdrücklich bedanken“, so Schmitt. Kurt Krautscheid hatte schon vor einigen Wochen betont, dass die Welle der Hilfsbereitschaft nicht vorschnell versickern dürfe. Viele Handwerkerleistungen würden erst in Wochen oder Monaten benötigt. Ohne sie sei der Wiederaufbau nicht zu schaffen.

Die Kammer Koblenz hat zudem einen wöchentlichen Jour fix initiiert, um die dringend benötigte Hilfestellung im Ahrtal direkt mit den Beteiligten vor Ort zu koordinieren und Schnittstellen zu bilden. Der wöchentliche Austausch ermöglicht eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit der derzeitigen Schlüsselressorts für den Wiederaufbau des Ahrtals. **AS/MWVWLW**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



Nach 100 Tagen zieht die Ampelkoalition in Mainz Bilanz

100 Tage im Zeichen von Flut und Corona

POLITIK: Hochwasser und Pandemie dominieren die Agenda der neuen Landesregierung

VON ANDREAS SCHRÖDER

Die Coronakrise und die Hochwasserkatastrophe im nördlichen Rheinland-Pfalz haben die Arbeit der Landesregierung in den ersten 100 Tagen der neuen Legislatur stark geprägt, bestätigten Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Wirtschafts- und Verkehrsministerin Daniela Schmitt und Klimaschutzministerin Anne Spiegel bei einer Bilanzpressekonzferenz der Ampelkoalitionäre Ende August in Mainz. Trotzdem habe man es geschafft, auch ersten geplanten Projekt auf den Weg zu bringen. Als Beispiele nannten die Vertreter der Ampel unter anderem das Solargesetz, die Ausschreibung der Transformationsagentur und die Gründung der Innovationsagentur.

„Oberste Priorität“ habe aber die akute Krisenbewältigung und der Aufbau der zerstörten Region. „Wir wollen gemeinsam mit den Menschen eine Region mit Zukunft aufbauen – widerstandsfähig gegen Extremwetterereignisse und innovativ“, sind sich Dreyer, Spiegel und Schmitt einig. „Es wird ein anderes Ahrtal, aber es kann mit den Mitteln des Aufbaufonds eine Modellregion werden.“

„Die Flut hat Unternehmen zerstört, Weinberge und Felder verwüstet, Straßen und Brücken vernichtet. Wir waren deshalb früh vor Ort, um die Schäden zu erfassen, zu bewerten und den Aufbau zu planen“, so Wirtschaftsministerin Schmitt. Um das Krisenmanagement zu erleichtern, habe man umgehend reagiert und das Vergaberecht vereinfacht, damit Kommunen Auf-



Es wird ein anderes Ahrtal, aber es kann mit den Mitteln des Aufbaufonds eine Modellregion werden.

MALU DREYER,
MINISTERPRÄSIDENTIN VON
RHEINLAND-PFALZ

träge schnell und unbürokratisch vergeben können. Die Soforthilfen für Unternehmen in Höhe von 5.000 Euro seien ein wichtiges Signal gewesen. „5.000 Euro reichen nicht, um einem Betrieb eine Perspektive zu geben, sie sind aber wichtig als ein Zeichen der Solidarität der Gesellschaft: Wir lassen die Betriebe in den Regionen nicht im Stich“, betonte die Wirtschaftsministerin. „Wir werden alles tun, damit die Hilfgelder, die Bund und Länder über den Wiederaufbaufonds auf den Weg bringen, auch schnellstmöglich vor Ort ankommen.“

Unterdessen sei die Ausschreibung für die angekündigte Transformationsagentur in Arbeit. Die Agentur solle künftig die Beschäftigten und vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützen. „Die Transformationsagentur hilft,

Förderprogramme zu bündeln, Interessierte zu passgenauen Angeboten zu lotsen, Transformationsprozesse früh zu erkennen und vorausschauend zu gestalten“, erklärte die Ministerpräsidentin. Mit der Innovationsagentur will das Wirtschaftsministerium Wirtschaft und Wissenschaft besser verzahnen und Impulse setzen. Innovation bedeute neue Produkte, aus denen neue Unternehmen mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen für die Menschen im Land hervorgehen könnten. Das Projekt steckt aber noch in den Kinderschuhen. Das Ministerium habe in einem ersten Schritt eine Studie in Auftrag gegeben, die aufzeigen soll, wie die Agentur ausgestattet werden soll.

Die Coronakrise habe Kinder und Jugendliche besonders hart getroffen. Die Landesregierung tue daher alles, um das Aufholen von Lernrückständen zu ermöglichen. Malu Dreyer nannte zum Beispiel die Sommerschule mit ihren 300 Angeboten im Bundesland. Des Weiteren seien zusätzliche Mittel in die Schulsozialarbeit geflossen. Insgesamt stünden 80 Millionen Euro aus Landesmitteln und 63 Millionen aus dem Aufholprogramm des zur Verfügung.

Kritik gibt es erwartungsgemäß von der Opposition: CDU-Generalsekretär Jan Zimmer lässt an der 100-Tage-Bilanz und vor allem an der Reaktion der Landesregierung auf die Hochwasserkatastrophe kein gutes Haar. Malu Dreyers „Schönwetter-Regierung“ versage „in der größten Krise des Landes Rheinland-Pfalz, der Flutkatastrophe“. Es herrsche große Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement in Mainz, so der Christdemokrat.

Land strebt Klimapakt mit Kommunen an

„Die Zunahme an Extremwetterereignissen wie der verheerenden Katastrophe im Norden des Landes in Folge des Klimawandels lassen sich langfristig nur mit konsequentem Klimaschutz und Hochwasservorsorge abfedern“, erklärte Klimaschutzministerin Anne Spiegel. „Wir wollen in Rheinland-Pfalz zwischen 2035 und 2040 Klimaneutralität erreichen. Dieses Ziel erreichen wir nur mit Verbündeten – Klimaschutz ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Zentrale Schlüsselakteure sind dabei unsere Städte und Gemeinden, denn die Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz findet vor Ort in den Kommunen statt. Deswegen wollen wir unsere Städte und Gemeinden beim Klimaschutz und bei der Klimawandelfolgenanpassung in konzentrierter Aktion mit den relevanten Institutionen im Land unterstützen und dazu die Kräfte für mehr Klimaschutz systematisch bündeln: Mit optimierten Förderungen beim Klimaschutz und der Klimawandelfolgenanpassung sowie gezielten und aufeinander abgestimmten Beratungsleistungen durch die Energieagentur Rheinland-Pfalz und das Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen“, so Spiegel weiter. Die Landesregierung hat deshalb beschlossen, gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden einen „Kommunalen Klimapakt“ anzustreben.

Geplant ist: Mit den drei kommunalen Spitzenverbänden, dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU), den zuständigen Ministerien, der Energieagentur Rheinland-Pfalz sowie dem Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen sollen zeitnahe Ziele, Maßnahmen und konkrete Meilensteine zum Gelingen von Klimaschutz und Energiewende definiert werden. Die Landesregierung will die Kommunen darin unterstützen, die vielen guten Ansätze, die bereits kommunal laufen, zu intensivieren. Dabei kann auch das Land vom Know-How der Kommunen profitieren. Der Ministerrat hat das Klimaschutzministerium in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beauftragt, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Modellregion für grünen Wasserstoff

Ein weiteres Thema, von dem Kommunen und kommunale Unternehmen langfristig profitieren können, ist die Weiterentwicklung von Rheinland-Pfalz zur Modellregion für grünen Wasserstoff. „Treibhausgasneutral erzeugter Wasserstoff wird uns dabei unterstützen, unsere Klimaschutzziele zu erreichen und unsere Wirtschaft zu dekarbonisieren. So wollen wir die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes mit dem Klimaschutz verbinden. Der Vorteil: Wasserstoff ist vielfältig einsetzbar – als Energieträger im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor, als Energiespeicher, aber auch als Rohstoff in der Industrie. Diesen ‚Grünen Schatz‘ wollen wir für Rheinland-Pfalz heben: Eine solide Grundlage dafür wird die gerade beauftragte Wasserstoffstudie mit Umsetzungs-Roadmap für das Land schaffen“, so die Ministerin weiter.



Mitarbeiter im Handwerk einstellen – mit rechtssicheren Arbeitsverträgen

Sparen Sie sich die zeitaufwändige Gestaltung von Arbeitsverträgen – nutzen Sie die eigens fürs Handwerk erstellten Vordrucke.

Der Vertragssatz enthält:

- Vertrag für Arbeitgeber,
- Vertrag für Arbeitnehmer,
- rechtliche und formale Hinweise für den Arbeitgeber

Immer aktuell erhältlich unter
www.vh-buchshop.de/recht

Auflage 2021: mit aktualisierten Regelungen zur Ausschlussfrist (§ 7) und zur Kurzarbeit (§ 8)

DIN A4, Blockleimung
Block zu 10 Verträgen
€ 18,00
inkl. MwSt. zzgl. Versand

Preisänderungen/Irrtümer vorbehalten

Land strebt Klimapakt mit Kommunen an

„Die Zunahme an Extremwetterereignissen wie der verheerenden Katastrophe im Norden des Landes in Folge des Klimawandels lassen sich langfristig nur mit konsequentem Klimaschutz und Hochwasservorsorge abfedern“, erklärte Klimaschutzministerin Anne Spiegel. „Wir wollen in Rheinland-Pfalz zwischen 2035 und 2040 Klimaneutralität erreichen. Dieses Ziel erreichen wir nur mit Verbündeten – Klimaschutz ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Zentrale Schlüsselakteure sind dabei unsere Städte und Gemeinden, denn die Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz findet vor Ort in den Kommunen statt. Deswegen wollen wir unsere Städte und Gemeinden beim Klimaschutz und bei der Klimawandelfolgenanpassung in konzentrierter Aktion mit den relevanten Institutionen im Land unterstützen und dazu die Kräfte für mehr Klimaschutz systematisch bündeln: Mit optimierten Förderungen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung sowie gezielten und aufeinander abgestimmten Beratungsleistungen durch die Energieagentur Rheinland-Pfalz und das Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen“, so Spiegel weiter. Die Landesregierung hat deshalb beschlossen, gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden einen „Kommunalen Klimapakt“ anzustreben.

Geplant ist: Mit den drei kommunalen Spitzenverbänden, dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU), den zuständigen Ministerien, der Energieagentur Rheinland-Pfalz sowie dem Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen sollen zeitnah Ziele, Maßnahmen und konkrete Meilensteine zum Gelingen von Klimaschutz und Energiewende definiert werden. Die Landesregierung will die Kommunen darin unterstützen, die vielen guten Ansätze, die bereits kommunal laufen, zu intensivieren. Dabei kann auch das Land vom Know-How der Kommunen profitieren. Der Ministerrat hat das Klimaschutzministerium in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beauftragt, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Modellregion für grünen Wasserstoff

Ein weiteres Thema, von dem Kommunen und kommunale Unternehmen langfristig profitieren können, ist die Weiterentwicklung von Rheinland-Pfalz zur Modellregion für grünen Wasserstoff. „Treibhausgasneutral erzeugter Wasserstoff wird uns dabei unterstützen, unsere Klimaschutzziele zu erreichen und unsere Wirtschaft zu dekarbonisieren. So wollen wir die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes mit dem Klimaschutz verbinden. Der Vorteil: Wasserstoff ist vielfältig einsetzbar – als Energieträger im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor, als Energiespeicher, aber auch als Rohstoff in der Industrie. Diesen ‚Grünen Schatz‘ wollen wir für Rheinland-Pfalz heben: Eine solide Grundlage dafür wird die gerade beauftragte Wasserstoffstudie mit Umsetzungs-Roadmap für das Land schaffen“, so die Ministerin weiter.



Nach 100 Tagen zieht die Ampelkoalition in Mainz Bilanz

100 Tage im Zeichen von Flut und Corona

POLITIK: Hochwasser und Pandemie dominieren die Agenda der neuen Landesregierung

VON ANDREAS SCHRÖDER

Die Coronakrise und die Hochwasserkatastrophe im nördlichen Rheinland-Pfalz haben die Arbeit der Landesregierung in den ersten 100 Tagen der neuen Legislatur stark geprägt, bestätigten Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Wirtschafts- und Verkehrsministerin Daniela Schmitt und Klimaschutzministerin Anne Spiegel bei einer Bilanzpressekonzferenz der Ampelkoalitionäre Ende August in Mainz. Trotzdem habe man es geschafft, auch ersten geplanten Projekt auf den Weg zu bringen. Als Beispiele nannten die Vertreter der Ampel unter anderem das Solargesetz, die Ausschreibung der Transformationsagentur und die Gründung der Innovationsagentur.

„Oberste Priorität“ habe aber die akute Krisenbewältigung und der Aufbau der zerstörten Region. „Wir wollen gemeinsam mit den Menschen eine Region mit Zukunft aufbauen – widerstandsfähig gegen Extremwetterereignisse und innovativ“, sind sich Dreyer, Spiegel und Schmitt einig. „Es wird ein anderes Ahrtal, aber es kann mit den Mitteln des Aufbaufonds eine Modellregion werden.“

„Die Flut hat Unternehmen zerstört, Weinberge und Felder verwüstet, Straßen und Brücken vernichtet. Wir waren deshalb früh vor Ort, um die Schäden zu erfassen, zu bewerten und den Aufbau zu planen“, so Wirtschaftsministerin Schmitt. Um das Krisenmanagement zu erleichtern, habe man umgehend reagiert und das Vergabericht vereinfacht, damit Kommunen Auf-



Es wird ein anderes Ahrtal, aber es kann mit den Mitteln des Aufbaufonds eine Modellregion werden.

MALU DREYER,
MINISTERPRÄSIDENTIN VON
RHEINLAND-PFALZ

träge schnell und unbürokratisch vergeben können. Die Soforthilfen für Unternehmen in Höhe von 5.000 Euro seien ein wichtiges Signal gewesen. „5.000 Euro reichen nicht, um einem Betrieb eine Perspektive zu geben, sie sind aber wichtig als ein Zeichen der Solidarität der Gesellschaft: Wir lassen die Betriebe in den Regionen nicht im Stich“, betonte die Wirtschaftsministerin. „Wir werden alles tun, damit die Hilfgelder, die Bund und Länder über den Wiederaufbaufonds auf den Weg bringen, auch schnellstmöglich vor Ort ankommen.“

Unterdessen sei die Ausschreibung für die angekündigte Transformationsagentur in Arbeit. Die Agentur solle künftig die Beschäftigten und vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützen. „Die Transformationsagentur hilft,

Förderprogramme zu bündeln, Interessierte zu passgenauen Angeboten zu lotsen, Transformationsprozesse früh zu erkennen und vorausschauend zu gestalten“, erklärte die Ministerpräsidentin. Mit der Innovationsagentur will das Wirtschaftsministerium Wirtschaft und Wissenschaft besser verzahnen und Impulse setzen. Innovation bedeute neue Produkte, aus denen neue Unternehmen mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen für die Menschen im Land hervorgehen könnten. Das Projekt steckt aber noch in den Kinderschuhen. Das Ministerium habe in einem ersten Schritt eine Studie in Auftrag gegeben, die aufzeigen soll, wie die Agentur ausgestattet werden soll.

Die Coronakrise habe Kinder und Jugendliche besonders hart getroffen. Die Landesregierung tue daher alles, um das Aufholen von Lernrückständen zu ermöglichen. Malu Dreyer nannte zum Beispiel die Sommerschule mit ihren 300 Angeboten im Bundesland. Des Weiteren seien zusätzliche Mittel in die Schulsozialarbeit geflossen. Insgesamt stünden 80 Millionen Euro aus Landesmitteln und 63 Millionen aus dem Aufholprogramm des zur Verfügung.

Kritik gibt es erwartungsgemäß von der Opposition: CDU-Generalsekretär Jan Zimmer lässt an der 100-Tage-Bilanz und vor allem an der Reaktion der Landesregierung auf die Hochwasserkatastrophe kein gutes Haar. Malu Dreyers „Schönwetter-Regierung“ versage „in der größten Krise des Landes Rheinland-Pfalz, der Flutkatastrophe“. Es herrsche große Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement in Mainz, so der Christdemokrat.



Schmitt ruft Handwerker zur Unterstützung auf

„Der Herbst steht vor der Tür. Die Menschen im Katastrophengebiet brauchen jetzt dringend jede Hilfe. Dabei geht es um Materialien, Spezialmaschinen und fachkundige Handwerkerinnen und Handwerker, die mit anpacken können“, sagte Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt und rief Handwerker bundesweit zur Unterstützung auf. Betriebe könnten sich im Internet über hwk-koblenz.de/hochwasserhilfe an die Handwerkskammer Koblenz wenden. Des Weiteren hat die Handwerkskammer mit weiteren Handwerksorganisationen die Plattform baut-mit-auf.de eingerichtet, über die Hilfsangebote langfristig koordiniert werden sollen.

Schmitt begleite den Wiederaufbau der Katastrophengebiete weiterhin eng. Die Ministerin hatte in Mayschoß gemeinsam mit Kurt Krautscheid, Präsident der Handwerkskammer Koblenz, und Hauptgeschäftsführer Ralf Hellrich eine Metzgerei, eine Bäckerei und einen Heizungsbauer besucht, die alle schwer von der Flut getroffen sind. Die Unternehmer arbeiten derzeit an der Instandsetzung ihrer Werkstätten.

Das Engagement der vielen privaten Helferinnen und Helfer sei eindrucksvoll. „Handwerker, Landwirte, Winzer oder Bauunternehmen helfen sich untereinander. Für die Unterstützung der Betriebe möchte ich mich auch als Wirtschaftsministerin ganz ausdrücklich bedanken“, so Schmitt. Kurt Krautscheid hatte schon vor einigen Wochen betont, dass die Welle der Hilfsbereitschaft nicht vorschnell versickern dürfe. Viele Handwerkerleistungen würden erst in Wochen oder Monaten benötigt. Ohne sie sei der Wiederaufbau nicht zu schaffen.

Die Kammer Koblenz hat zudem einen wöchentlichen Jour fix initiiert, um die dringend benötigte Hilfestellung im Ahrtal direkt mit den Beteiligten vor Ort zu koordinieren und Schnittstellen zu bilden. Der wöchentliche Austausch ermöglicht eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit der derzeitigen Schlüsselsorters für den Wiederaufbau des Ahrtals. **AS/MWVLW**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



Mitarbeiter im Handwerk einstellen – mit rechtssicheren Arbeitsverträgen

Sparen Sie sich die zeitaufwändige Gestaltung von Arbeitsverträgen – nutzen Sie die eigens fürs Handwerk erstellten Vordrucke.

Der Vertragssatz enthält:

- Vertrag für Arbeitgeber,
- Vertrag für Arbeitnehmer,
- rechtliche und formale Hinweise für den Arbeitgeber

Immer aktuell erhältlich unter www.vh-buchshop.de/recht

Auflage 2021: mit aktualisierten Regelungen zur Ausschlussfrist (§ 7) und zur Kurzarbeit (§ 8)

DIN A4, Blockleimung
Block zu 10 Verträgen
€ 18,00
inkl. MwSt. zzgl. Versand

Preisänderungen/Irrtümer vorbehalten